

Formblätter zur Eignung

Vergabeverfahren

„Reinigungsleistungen für den Bürostandort in Münster der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen“

HINWEISE

Die nachfolgenden Formblätter sollen den am Verfahren interessierten Bietern bzw. Bietergemeinschaften den Nachweis ihrer Eignung erleichtern.

Bieter bzw. Bietergemeinschaften steht es frei, diese Formblätter zu nutzen. In diesem Fall sind sie im Einklang mit den Hinweisen in der Bekanntmachung vollständig auszufüllen. Werden vom Bieter bzw. Bietergemeinschaften nicht die vorgegebenen Vordrucke verwendet, muss er selbst sicherstellen, dass die vorgelegten Nachweise alle Anforderungen der Bekanntmachung erfüllen.

Der Text der Formblätter darf nicht abgeändert werden. Die Überschreitung des in einem Formblatt vorgegebenen Platzes für einen Eintrag stellt keine unzulässige Änderung des Formblattes dar.

Sollte der in den Formblättern vorgesehene Platz nicht ausreichen, kann das jeweilige Formblatt kopiert und mehrfach verwendet werden.

Die ausgefüllten Formblätter sind mit dem Angebot ausschließlich elektronisch über die Vergabe-Plattform einzureichen. Nähere Informationen ergeben sich aus der Bekanntmachung.

Name und Anschrift des
Bieters/der Bietergemeinschaft:

Ort, Datum:

Ansprechpartner:

Telefon:

Fax:

Email:

Ich beziehe / Wir beziehen uns auf die Bekanntmachung des Vergabeverfahrens „Reinigungsleistungen für den Bürostandort in Münster der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen“.

Die nachfolgenden Formblätter habe ich / haben wir auf Grundlage der Vorgaben der Bekanntmachung wahrheitsgemäß und vollständig ausgefüllt. Ich / Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zu meinem / unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren führt.

Ort, Datum

Name der natürlichen Person, die die Erklärung für den Bieter / die Bietergemeinschaft abgibt

Erklärung der Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft

(vom Bieter ggf. auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen der Bietergemeinschaft,

Mitglied:
(Name des Unternehmens)

Mitglied:
(Name des Unternehmens)

Mitglied:
(Name des Unternehmens)

Mitglied:
(Name des Unternehmens)

erklären, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter:
(Name des Unternehmens)

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

(Unterschrift)

Ort, Datum

(Unterschrift)

Ort, Datum

(Unterschrift)

Ort, Datum

(Unterschrift)

Eigenerklärung über die Befähigung zur Berufsausübung

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Bieter**
- Mitglied der Bietergemeinschaft**
- Unterauftragnehmer**
- anderes Unternehmen**

Name und Anschrift:

1. Angaben zu §§ 123, 124 GWB

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

1.1 Angaben zu § 123 GWB

- Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle des § 123 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, vorliegen:**

Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zuzurechnen ist, wegen einer der folgenden Straftaten rechtskräftig verurteilt und dass gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen einer der folgenden Straftaten rechtskräftig festgesetzt worden ist:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89 c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Absatz 2 GWB).

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Absatz 3 GWB).

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für jede Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, unverzüglich einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bieters beibringen.

Ich/Wir erkläre(n) zudem, dass

- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und keine anderslautende rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung getroffen wurde (§ 123 Absatz 4 Ziffer 1 GWB).

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir unverzüglich eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bieters ausgestellte Bescheinigung beibringen.

Wird eine Urkunde oder Bescheinigung von dem Herkunftsland nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle vorgesehenen Fälle erwähnt, so kann sie durch eine Versicherung an Eides statt ersetzt werden. In den Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, darf die Versicherung an Eides statt durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein Vertreter des Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dafür qualifizierten Berufsorganisation des Herkunftslands abgibt.

1.2 Angaben zu § 124 GWB

Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle des § 124 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen können, vorliegen:

Ich/Wir erkläre(n) weiter, dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- mein/unser Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen meines/unseres Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren weder beantragt noch eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich mein/unser Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmens infrage gestellt wird (Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.),
- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- mein/unser Unternehmen in Bezug auf die Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- mein/unser Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte und
 - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, nach denen der öffentliche Auftraggeber Bieter in den dort genannten Fällen ausschließen kann, unberührt bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß den vorgenannten Vorschriften der öffentliche Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anfordert. Auf die Verpflichtung des öffentlichen Auftraggebers, gemäß § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes bei der Registerbehörde vor Zuschlagserteilung abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter gespeichert sind, an den er den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, wird ebenfalls hingewiesen.

1.2 Angaben über die rückstandslose Entrichtung von Beiträgen sowie der steuerlichen Verpflichtungen:

- Ich/Wir erkläre(n), dass wir für unsere Betriebshaftpflichtversicherung, Krankenkasse(n) und der Berufsgenossenschaft alle Beiträge rückstandslos entrichtet haben und unseren steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen sind.

1.3 Angaben zu Einträgen im Wettbewerbsregister:

- Ich/Wir erkläre(n), dass keine Einträge im Wettbewerbsregister für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden natürlichen Personen vorliegen.
- Ich/Wir erkläre(n), dass folgende Einträge im Wettbewerbsregister für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden natürlichen Personen vorliegen:

-
-
-

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister oder eine gleichwertige Urkunde einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslands vorlegen.

2. Angaben zur Erklärung in Bezug auf die Eignung:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Eignung abgebe(n) oder diese Auskünfte nicht unberechtigt nicht erteile(n).

Ort, Datum, Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt:

Verpflichtungserklärung im Rahmen der Eignungsleihe

(ggf. auszufüllen)

Dieses Formblatt ist nur auszufüllen, wenn der Bieter (Einzelbieter oder Bietergemeinschaft) beabsichtigt, sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen und/ oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines Dritten zu berufen.

Der Dritte hat dann die u. g. Erklärungen abzugeben und das / die entsprechende(n) Formblatt / Formblätter auszufüllen.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:
Name des sich verpflichtenden Unternehmens:

- Der Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die **wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Die diesbezüglichen Erklärungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und die Eigenerklärung zur Befähigung zur Berufsausübung und zu den Russland-Sanktionen sind dieser Erklärung beigefügt (von mir / uns ausgefülltes Formular „Eigenerklärung über die Befähigung zur Berufsausübung“, „Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen“ sowie „Erklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“).

Hinweis: *Die Auftraggeberin wird im Falle der Beauftragung für die Auftragsausführung vorgeben, dass der Bieter / die Bietergemeinschaft und der Dritte gemeinsam haften.*

- Der Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die **technische und berufliche Leistungsfähigkeit** meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/ Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

Die Angaben zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit und die Eigenerklärung zur Befähigung zur Berufsausübung und zu den Russland-Sanktionen sind dieser Erklärung beige-fügt (von mir / uns ausgefülltes Formular „Eigenerklärung über die Befähigung zur Berufsaus-übung“, „Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen“ sowie „Erklärung zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit“).

Ort, Datum Unterschrift

Verzeichnis der Unterauftragnehmerleistungen

(vom Bieter/von der Bietergemeinschaft ggf. auszufüllen)

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Zur Ausführung der Leistungen benenne(n) ich/wir Art und Umfang der Leistungsbereiche, für die ich/wir beabsichtigen mich/uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen:

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen (genaue Bezeichnung der vorgesehenen Aufgaben)

Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Bieter**
- Mitglied der Bietergemeinschaft**
- Unterauftragnehmer**
- anderes Unternehmen**

Name und Anschrift:

- Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

Der / die **Bieter/gemeinschaft** gehört / gehören nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bieters oder die Niederlassung des Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, welche zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

Ort, Datum, Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt:

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 lautet wie folgt:

- (1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*
- a) *russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
 - b) *juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder*
 - c) *natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln, einschließlich – wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt – Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*
- (2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*
- a) *den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
 - b) *die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
 - c) *die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
 - d) *die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*
 - e) *soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten - den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.*
- (3) *Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*
- (4) *Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

Eigenerklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Bieter**
- Mitglied der Bietergemeinschaft**
- Unterauftragnehmer**
- anderes Unternehmen**

Name und Anschrift:

Angaben zum Jahresumsatz aus dem Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistungen des Unternehmens, welches sich als Bieter oder Mitglied einer Bietergemeinschaft bewirbt, bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (Sofern für das Jahr 2025 noch keine abschließenden Zahlen vorliegen, sind vorläufige sorgfältige Schätzungen anzugeben und entsprechend zu kennzeichnen):

Geschäftsjahr			
Jahresumsatz aus dem Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistungen des Unternehmens			

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorlegen.

Hiermit erkläre ich / erklären wir, dass mein / unser Unternehmen eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Haftungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden pro Schadensfall und mindestens 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden pro Schadensfall unterhalte bzw. im Auftragsfall abschließe.

Ort, Datum, Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt:

Eigenerklärung zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

Zutreffendes bitte ankreuzen:

Bieter

Mitglied der Bietergemeinschaft

Unterauftragnehmer

anderes Unternehmen

Name und Anschrift:

Angaben der durchschnittlichen Anzahl an Beschäftigten der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023-2025) (Sofern für das Jahr 2025 noch keine abschließenden Zahlen vorliegen, sind vorläufige sorgfältige Schätzungen anzugeben und entsprechend zu kennzeichnen):

Geschäftsjahr			
Anzahl der Beschäftigten des Unternehmens			

Benennung von mindestens drei Referenzen aus den letzten 3 Jahren (seit 01/2023) über die Erbringung von mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Leistungen

Es gelten folgende Anforderungen an die Referenzen:

- Bei mindestens drei Projekten handelt es sich um Gebäudereinigungsleistungen;
- Bei mindestens drei Projekten wurde mit dem Auftrag jeweils ein Umsatz von 250.000 EUR netto (p.a.) erwirtschaftet;
- Bei mindestens drei Projekten betrug der Leistungszeitraum mindestens 12 Monate am Stück;
- Bei mindestens zwei Projekten wurden die Leistungen für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht.

Hinweis: Eine Referenz kann nur gewertet werden unter der Angabe von Kundenname, Kontaktperson und Telefonnummer.

Referenz Nr. 1:

Bezeichnung und Inhalt des Referenzauftrags	
Beschreibung der ausgeführten Leistungen	

Formblätter zur Eignung (Anlage 5 zur AzA)

Art des Objekts	
Größe der zu reinigenden Fläche	
Ausführungszeitraum	
Auftragswert (netto, p.a.)	
Auftraggeber mit Kontaktdaten (E-Mail, Telefon) eines Ansprechpartners beim Auftraggeber	

Referenz Nr. 2:

Bezeichnung und Inhalt des Referenzauftrags	
Beschreibung der ausgeführten Leistungen	
Art des Objekts	
Größe der zu reinigenden Fläche	
Ausführungszeitraum	
Auftragswert (netto)	
Auftraggeber mit Kontaktdaten (E-Mail, Telefon) eines Ansprechpartners beim Auftraggeber	

Referenz Nr. 3:

Bezeichnung und Inhalt des Referenzauftrags	
Beschreibung der ausgeführten Leistungen	
Art des Objekts	
Größe der zu reinigenden Fläche	
Ausführungszeitraum	
Auftragswert (netto)	
Auftraggeber mit Kontaktdaten (E-Mail, Telefon) eines Ansprechpartners beim Auftraggeber	

Soweit der Bieter/die Bietergemeinschaft weitere Referenzprojekte angeben möchte, sind diese entsprechend obiger Tabelle mit den darin aufgeführten/abgefragten Angaben zu ergänzen.

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle werde ich/werden wir zu den benannten Referenzen je eine schriftliche Bestätigung des Auftraggebers vorlegen, dass ich/wir die Leistungen auftragsgemäß erbracht haben.

Ort, Datum, Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt: